

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (14. Ausschuss)

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 14/9487, 15/345 Nr. 69 –**

Bericht der Bundesregierung zur „Maritimen Sicherheit auf der Ostsee“

A. Problem

Mit Beschluss des Deutschen Bundestages vom 25. April 2002 (Drucksache 14/8855) wurde die Bundesregierung aufgefordert, einen Bericht zur maritimen Sicherheit im Ostseeraum vorzulegen. Aufgrund dieses Beschlusses wurde von der Bundesregierung der Bericht auf Drucksache 14/9487 vorgelegt.

B. Lösung

Einstimmige Annahme einer Entschließung

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 14/9487 – folgende EntschlieÙung anzunehmen:

Der Deutsche Bundestag nimmt den Bericht der Bundesregierung zur „Maritimen Sicherheit auf der Ostsee“ (Drucksache 14/9487) zustimmend zur Kenntnis.

Er fordert die Bundesregierung auf der Grundlage dieses Berichts auf,

sich kurzfristig und nachdrücklich zur Verbesserung der maritimen Sicherheit auf der Ostsee im Rahmen der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO) für die schnellstmögliche Einführung der Lotsannahmepflicht in engen und besonders kritischen Teilen der Seeschiffahrtswege einzusetzen.

In diesem Zusammenhang sollen die Gespräche mit der Russischen Föderation über die Lotsannahmepflicht in der Ostsee, z. B. in der Kadetrinne, zügig aufgenommen werden.

Berlin, den 19. Februar 2003

Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald
Vorsitzender

Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf Drucksache 14/9487 in seiner 22. Sitzung am 30. Januar 2003 an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit Beschluss des Deutschen Bundestages vom 25. April 2002 (Drucksache 14/8855) wurde die Bundesregierung aufgefordert, einen Bericht zur maritimen Sicherheit im Ostseeraum vorzulegen. Aufgrund dieses Beschlusses wurde von der Bundesregierung der Bericht auf Drucksache 14/9487 vorgelegt. Der Bericht behandelt unter anderem die Frage der Erhöhung der Schiffs- und Verkehrssicherheit auf internationaler Ebene und die Umsetzung der 18 Forderungen der 10. Ostsee-Parlamentarier-Konferenz (OPK).

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage auf Drucksache 14/9487 in seiner 8. Sitzung am 19. Februar 2003 zur Kenntnis genommen und empfiehlt einstimmig die Annahme einer Entschließung, deren Inhalt sich aus dem Inhalt der vorstehenden Beschlussempfehlung und dem Inhalt der Begründung in Teil V dieses Berichts ergibt.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Vorlage auf Drucksache 14/9487 in seiner 8. Sitzung am 19. Februar 2003 beraten und empfiehlt einvernehmlich die Annahme einer Entschließung, deren Inhalt sich aus dem Inhalt der vorstehenden Beschlussempfehlung und dem Inhalt der Begründung in Teil V dieses Berichts ergibt.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat die Vorlage auf Drucksache 14/9487 in seiner 7. Sitzung am

19. Februar 2003 beraten. Die Koalitionsfraktionen, die Fraktion der CDU/CSU und die Fraktion der FDP haben dazu einen gemeinsamen Antrag eingebracht, dessen Beschlussvorschlag sich aus dem Inhalt der vorstehenden Beschlussempfehlung und dessen Begründung ergibt. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Kenntnisnahme von der Vorlage und die Annahme der aus der Beschlussempfehlung ersichtlichen Entschließung.

Die **Fraktion der SPD** wies auf die Häufung der Havariefälle hin und bemängelte den erheblichen Zeitbedarf für die Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Schiffsicherheit auf internationaler Ebene. Die **Fraktion der CDU/CSU** wies auf den aktuellen Bezug der Vorlage zu dem Untergang des Öltankers „Prestige“ hin. Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** sprach sich dafür aus, sich mit den geplanten Maßnahmen so schnell wie möglich zu befassen. Auch die **Fraktion der FDP** plädierte dafür, Maßnahmen zur Verbesserung der Schiffsicherheit auf der Ostsee zügig zu ergreifen.

V. Begründung

Die jüngsten Ereignisse mit dem Öltankerschiff „ACUSHNET“ in der Ostsee vor der dänischen Küste haben erneut deutlich gemacht, dass die Einführung der Lotsannahmepflicht in der Ostsee – wie schon im Bericht der Bundesregierung zur „Maritimen Sicherheit auf der Ostsee“ (Drucksache 14/9487) gefordert – ein wichtiger Faktor für die Verbesserung der Sicherheit des Schiffsverkehrs ist. Die Einführung der Lotsannahmepflicht in engen und besonders kritischen Teilen der Seeschiffahrtswege bedarf noch – im Rahmen der IMO – der Abstimmung mit der Regierung der Russischen Föderation. Die Bundesregierung hat erklärt, dass sie in Gesprächen mit Russland versuchen wird, eine Lotsannahmepflicht in der Kadetrinne und anderen kritischen Schifffahrtswegen in der Ostsee zu erreichen.

Berlin, den 19. Februar 2003

Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Berichterstatter

